

Brüssel, den 29.11.2024
C(2024) 8353 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 29.11.2024

**über die Finanzierung des mehrjährigen Aktionsplans zugunsten der pazifischen
überseeischen Länder und Gebiete für 2025 und 2026**

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 29.11.2024

über die Finanzierung des mehrjährigen Aktionsplans zugunsten der pazifischen überseeischen Länder und Gebiete für 2025 und 2026

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits², insbesondere auf Artikel 82,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Zur Durchführung des „Europäischen Programms für umweltfreundlichere und stärker auf blaue Ressourcen ausgerichtete Lebensmittelsysteme in den pazifischen überseeischen Ländern und Gebieten“ muss ein mehrjähriger Finanzierungsbeschluss angenommen werden, der gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) das mehrjährige Arbeitsprogramm für 2025 und 2026 darstellt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV³ erlassenen restriktiven Maßnahmen festgelegt sind.
- (3) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (4) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollte festgelegt werden, welche Änderungen für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell gelten.
- (5) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme sollte im Einklang mit der Mitteilung der Kommission „Der europäische Grüne Deal“⁴ und der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich

¹ ABl. L 239 vom 26.9.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj>.

² ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

³ Siehe www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ COM(2019) 640 final vom 11. Dezember 2019.

eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel⁵, zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt beitragen.

- (6) Die Kommission hat das regionale Mehrjahresrichtprogramm für die pazifischen überseeischen Länder und Gebiete für den Zeitraum 2021–2027⁶ angenommen, in dem folgende Prioritäten festgelegt sind: die Nachhaltigkeit, Resilienz und Diversifizierung der Lebensmittelerzeugung in den drei Gebieten zu stärken und einen nachhaltigen und gesunden Lebensmittelkonsum zu fördern.
- (7) Der mehrjährige Aktionsplan, der gemäß dem Beschluss (EU) 2021/1764 zu finanzieren ist, soll dazu beitragen, dass die Lebensmittelsysteme in den pazifischen überseeischen Ländern und Gebieten ökologischer werden und die Meeresumwelt schützen.
- (8) Die Maßnahme „Europäisches Programm für umweltfreundlichere und stärker auf blaue Ressourcen ausgerichtete Lebensmittelsysteme in den pazifischen überseeischen Ländern und Gebieten“ zielt darauf ab, den ökologischen Wandel der Lebensmittelsysteme in den drei französischen Gebieten der Region zu fördern.
- (9) Nach Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung, der nach Artikel 81 des Beschlusses (EU) 2021/1764 anzuwenden ist, wird die Maßnahme im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung durchgeführt.
- (10) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 157 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck behält die Kommission gemäß Artikel 157 Absatz 7 der Haushaltsordnung die in Abschnitt 4.3.2 des Anhangs vorgesehenen Zuständigkeiten für die Haushaltsführung.
- (11) Der im vorliegenden Beschluss vorgesehene Aktionsplan steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses nach Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 ***Der Aktionsplan***

Der mehrjährige Finanzierungsbeschluss, der den mehrjährigen Aktionsplan zur Durchführung des mehrjährigen Aktionsplans für die pazifischen überseeischen Länder und Gebiete für die Jahre 2025 und 2026 darstellt, wird wie im Anhang dargelegt angenommen.

Der Aktionsplan umfasst folgende Maßnahme: „Europäisches Programm für umweltfreundlichere und stärker auf blaue Ressourcen ausgerichtete Lebensmittelsysteme in den pazifischen überseeischen Ländern und Gebieten“, wie im Anhang dargelegt.

⁵ ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28.

⁶ Durchführungsbeschluss der Kommission zur Annahme von neun Mehrjahresrichtprogrammen für überseeische Länder und Gebiete für den Zeitraum 2021–2027 (C(2021)9164 final vom 15.12.2021).

Artikel 2
Beitrag der Union

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Programms für die Jahre 2025 und 2026 beläuft sich auf 36 000 000 EUR und wird aus der Haushaltslinie 14 05 02 00 02 des Gesamthaushaltsplans der Union finanziert.

- a) 8 000 000 EUR im Jahr 2025;
- b) 28 000 000 EUR im Jahr 2026.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Dieser Beschluss kann nur umgesetzt werden, wenn die Mittel wie folgt bereitgestellt werden:

- a) wie im Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Union für 2025 nach dem Erlass dieses Haushaltsplans durch die Haushaltsbehörde oder nach der Regelung der vorläufigen Zwölfteile vorgesehen;
- b) nach Maßgabe des von der Haushaltsbehörde festgestellten Gesamthaushaltsplans der Union für das Jahr 2026.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe des Anhangs in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen anvertraut werden, die im Anhang unter 4.3.2 genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 festgelegten Höchstbeitrags der Union für jedes einzelne Haushaltsjahr nicht übersteigen, und Änderungen der Mittelzuweisungen für spezifische Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten als nicht substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 29.11.2024

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission